

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezeile 45 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 56

Donnerstag, den 6. März 1924.

48. Jahrgang

Um die Reichstagsauflösung.

Die auflösungslüsterne Regierung.

Der Reichstanzler hielt heute abend nach der Plenarsitzung mit den Parteiführern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten eine Besprechung ab, in der er nach einem halbamtlichen Bericht völlige Einigkeit über den modus procedendi in den gegenwärtigen parlamentarischen Auseinandersetzungen und in der Frage der Behandlung der Notverordnung erzielt wurde. Von Regierungsseite wurde, so heißt es in dem Bericht, zum Ausdruck gebracht, daß sich die Regierung die Führung in dieser Frage nicht aus der Hand reißen lassen wolle und bereit sei, die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus dem Ausgang des Meinungsstreites für sie als unumgänglich ergeben würden.

Das Zentrum für die Wahl im April.

Berlin, 5. März. Die Zentrumsfraktion hat heute vormittag den Beschluß gefaßt, darauf hinzuwirken, daß der Reichstag nach Beendigung der Generaldebatte durch die Regierung aufgelöst wird und daß die Neuwahlen am 6. April stattfinden sollen. In den heutigen Parteibesprechungen haben sich die Vertreter des Zentrums für die Durchführung des Beschlusses ihrer Fraktion eingesetzt. Wenn die anderen Regierungsparteien sich diesem Vorgehen anschließen, dürfte die Auflösung des Reichstages am Sonnabend erfolgen. Die Sozialdemokraten sollen um 2 Uhr zu einer Fraktionsitzung zusammengetreten sein, in der über die Frage einer Verständigung mit der Reichsregierung in bezug auf die sozialdemokratischen Wenderungsanträge zu der 3. Steuernotverordnung beschlossen werden soll.

Note Verschleppungstatil.

Berlin, 5. März. Die heute nach dem Plenum neuerdings wieder aufgenommene Beratung der sozialdemokratischen Fraktion über die Frage, ob die Sozialdemokratie an ihren Wähleranträgen festhalten und damit die Auflösung des Reichstages herbeiführen solle, dehnte sich bis gegen 9,30 Uhr aus. Nach einem sozialdemokratischen Bericht haben die Beratungen ergeben, daß der überwiegende Teil der Fraktion nach wie vor auf der Behandlung ihrer Anträge im Reichstag bestehen will. Es sei jedoch auch heute abend noch nicht zu formulierten Beschlüssen gekommen. Dieses negative Ergebnis und der Bericht darüber enthüllen wieder einmal auf das deutlichste die wirklichen Absichten der Sozialdemokratie, der es einzig und allein darauf ankommt, die Lösung der Krise, koste es was es wolle, zu verzögern.

Aus technischen Gründen am 13. April.

Berlin, 3. März. Wie wir erfahren, ist man in maßgebenden Regierungs- und Parlamentarierkreisen der Ansicht, daß der oftmals genannte 6. April als frühester Wahltermin aus technischen Gründen jetzt nicht mehr in Betracht käme. Als frühester Wahltermin sieht man jetzt den 13. April an. Da der 13. April belagertlich der Palmsonntag ist, glaubt man verschiedentlich recht große Bedenken gegen die Wahl dieses Tages als Wahltermin befürchten zu müssen. Demgegenüber erfahren wir, daß das Zentrum, dessen Stellungnahme man in dieser Frage zunächst abwarten wollte, in seiner heutigen Fraktionsitzung keinerlei Bedenken gegen den Palmsonntag als Wahltag geäußert hat. Als unerlässliche Bedingung für die Wahlen müsse verlangt werden, daß die Politik der Entente, insbesondere der Franzosen, eine ungestörte Durchführung der Wahlen gestatte. Irgendwelche sachlichen Beschränkungen der Presse und der Versammlungsfreiheit müssen ausgeschlossen sein. Insbesondere dürfte nicht verboten werden, in Versammlungen oder in der Presse über die oder jenes zu sprechen. Allenfalls würde als äußerste Konzeption die Anmeldepflicht der Versammlungen angesehen werden.

Der Hitler-Prozess.

München, 5. März.

Die ersten Zeugenvernehmungen im Hitler-Lubendorff-Prozess brachten nichts wesentlich Neues. In der Hauptsache handelt es sich bei der Zeugenvernehmung um die Frage, ob Oberamtmann Frid schuldhaft etwas zur Bekämpfung des Putzsches unterlassen hat. Für die Beurteilung des Gesamtunternehmens ist diese Frage freilich nur von untergeordneter Bedeutung. Nacheinander marschieren Beamte der Münchener Polizei als Zeugen auf und erzählen ihre Erlebnisse am 8. November. So belundet Re-

gierungsrat Balz, dem Bochner und Frid die Leitung der politischen Abteilung im Polizeipräsidentium übertragen hatten, daß für ihn gar kein Anlaß vorgelegen habe, gegen den Putzsch etwas zu tun, wo doch Rahr als Inhaber der Staatsgewalt bei der Sache war. Ein anderer Zeuge, der Beamter im Polizei-Melbeamtenamt und zugleich für Hitler Chef der Nachrichtenstelle des Kampfbundes war, beförderte die Einreisegesuche auswärtiger Nationalisten im Dienstbetrieb mit einer Schnelligkeit, die anderen Gesuchen nicht zuteil wurde. Als ihm die Verpflichtung auf die Republik zur Unterschrift vorgelegt wurde, hat er sie zerrissen.

Von einigen allgemeinen Interesse war die Zeugenvernehmung des Hauptmanns Hoffmann, der Hitler wie folgt schildert:

Hitler hat Gewalttaten stets verurteilt. Einmal war auf die jüdische Speiseanstalt ein Anschlag verübt worden. Ich ging zu Hitler hin und sagte, er solle doch solche Sachen verhüten, da sie uns von der Polizei sehr unangenehm sein könnten. Zufällig war der Führer des Trupps bei Hitler, der den Angriff auf die Speiseanstalt geleitet hatte. Hitler schnauzte den Mann, einen jungen Kriegsteilnehmer, heftig an, und dieser sagte zu seiner Entschuldigung: „Aber ich habe doch vorher das Bundesabzeichen abgelegt.“ Darauf antwortete ihm Hitler: „Dann haben Sie sich eben selbst aus dem Bunde ausgeschlossen und Sie werden mit ihrer ganzen Truppe aus unseren Listen gestrichen.“ Hitler hat sich auch niemals bereichern wollen wie andere Parteibonzen. Ich erinnere mich noch, wie er einen Ausflug machen wollte, aber kein Geld dazu hatte. Da hat ihm Hauptmann Göhring erst sein Taschengeld geben müssen, damit er wegfahren konnte.

Die Finanzkontrolle über Deutschland.

Selbst Schacht erklärt sie in Einzelheiten untragbar.

Die zweite Unterkommission des Komitees Dawes hat sich ausführlich mit der Frage der deutschen Eisenbahnen beschäftigt. Nach dem diplomatischen Mitarbeiter der „Daily Mail“ machen die deutschen Einwände gegen die internationalisierte Finanzkontrolle den Sachverständigen-Ausschüssen viel zu schaffen. Obwohl Deutschland in den Ausschüssen nicht vertreten sei, hätten die Sachverständigen Wert darauf gelegt, die deutschen Behörden fortgesetzt über ihre Ansicht über verschiedene Klauseln des Berichtes zu befragen. Dr. Schacht habe seine Befürchtungen über verschiedene Klauseln, die die Sachverständigen für unbedingt notwendig hielten, mitgeteilt und erklärt, daß sie für Deutschland unannehmbar seien. Dr. Schacht habe auseinandergesetzt, daß diese Klauseln mit der deutschen Souveränität nicht in Einklang gebracht werden könnten, weil sie der internationalen Finanzkontrolle zu einem allzu großen Uebergewicht verhelfen. Dr. Schacht wurde zur Antwort gegeben, daß Oesterreich sich mit weit drückenderen Klauseln einverstanden erklärt habe und daß Ungarn noch unlässig auf sie eingegangen sei. Wie der Mitarbeiter des englischen Blattes hinzufügt, wurde der Reichsbankpräsident von dem Sachverständigen-Ausschuß aufgefordert, sich in Berlin mit seiner Regierung ins Benehmen zu setzen. Er werde in der nächsten Woche mit dem Bescheid des Berliner Kabinetts nach Paris zurückkehren. Auf jeden Fall halten die Sachverständigen an ihrer ursprünglichen Auffassung fest, wonach einzig und allein eine internationale Finanzkontrolle die Wiederaufrichtung des deutschen Finanzwesens wirksam gewährleisten werde. Ein weiteres Strauben Deutschlands könne dazu führen, daß der Schlußbericht mit beträchtlicher Verspätung an die Reparationskommission gelange.

Wir wollen hoffen, daß Schacht bei der Stange bleibt und auch auf einen Berliner Wink hin, ganz gleich von welcher Seite er komme, nicht umfällt. Bei der Einstellung des Reichskabinetts auf weitgehende Erfüllungspolitik wird Schacht, wenn vorstehende Meldung zutrifft, keinen leichten Stand haben.

Berlin, 5. März. Ein Pariser Berichterstatter glaubt auf Grund von Mitteilungen der „Information“ und auf Grund der Unterredung mit einer „sehr maßgebenden, nicht deutschen Persönlichkeit“ u. a. folgende Einzelheiten über das Statut der neuen deutschen Goldnotenbank, das vom ersten Sachverständigenausschuß jetzt in großen Umrissen bereits festgestellt sei, mitteilen zu können: Zweck der neuen Goldwährungsbank soll sein, die Beträge für die noch ungedeckten 1200 Millionen Rentenmark aufzubringen. Dies hofft man auf folgende Weise zu ermöglichen:

1. durch eigenes Kapital der Bank in Höhe von 400 Millionen, wovon 100 Millionen auf die Gebäude der Reichsbank entfallen, 50 Millionen vom Auslande und 150 Millionen in Deutschland aufgebracht werden sollen;

2. durch einen Teil der internationalen Anleihe auf deutsche Eisenbahnen im Betrage von 400 Millionen Goldmark; 3. durch eine innere Anleihe in Deutschland von ebenfalls 400 Millionen Goldmark auf einen Teil des Hypothekenbestandes, der bereits zur Schaffung der Rentenbank herangezogen wurde.

Ueber die Verzinsung dieser Anleihe scheint noch keine feste Bestimmung getroffen zu sein. An der Spitze der deutschen Goldnotenbank soll ein Verwaltungsrat von 14 Köpfen, 7 Deutschen und 7 Ausländern,

je einem Amerikaner, Engländer, Italiener, Franzosen, Belgier, Holländer und Schweden stehen. Der Präsident soll ein Deutscher sein, dem ein ausländischer Kontrolleur beigegeben werden soll. Das Personal soll voll beibehalten werden. Der Verwaltungsapparat soll das Recht erhalten, die Zahl der deutschen Direktoren, je nachdem Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt, bis zur völligen Befreiung von ausländischen Direktoren zu vermehren. Nach Beendigung der jetzigen Reichsbank und der Rentenbank werde die neue deutsche Bank ihre vollständige Selbständigkeit erhalten, und das eigene Emissionsrecht bis zu 3 Millionen Goldmark.

Wir geben diese Meldung, die, wenn sie sich bewahrheiten würde, einen außerordentlich schweren Eingriff in die deutsche Wirtschaft und Finanzhoheit bedeuten würde, unter Vorbehalt wieder. Die Erfahrung und das, was wir bisher aus Paris in dieser Angelegenheit hörten, spricht allerdings für die Wahrscheinlichkeit des Projekts. Wir verweisen auch auf die oben wiedergegebene Meldung, die von einer Ablehnung der Pläne unserer Segner durch Dr. Schacht spricht.

Die Steuern der Landwirtschaft.

Die jetzigen Steuern untragbar.

Unter dem Vorstich des preussischen Landwirtschaftsministers hat kürzlich in Berlin eine Beratung von Sachverständigen stattgefunden zur Prüfung der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft. Das Ergebnis wurde in einem Protokoll niedergelegt und darin festgesetzt, daß die steuerliche Belastung vielfach den ganzen Reinertrag übersteige. Wörtlich heißt es dann in dieser Niederschrift:

Die Steuern sind hiernach in ihrer jetzigen Form und Höhe auf die Dauer für die Landwirtschaft untragbar. Sie können zurzeit in der Regel nur unter gleichzeitigem Eingriff in die Substanz bezahlt werden. Trotzdem wird im Hinblick auf die allgemeine Notlage und in der Erkenntnis, daß eine neue Inflation unter allen Umständen verhütet werden muß, anerkannt werden, daß die Landwirtschaft, wie alle anderen Berufsstände, vorübergehend außerordentlich hohe steuerliche Opfer bringen muß. Voraussetzung dafür aber ist, daß die Produktionskraft der Landwirtschaft erhalten bleibt.

Hierzu müssen der Landwirtschaft in erster Linie im Wege des Personal- und Realkredits die nötigen Betriebs- und Anlagemittel zugeführt werden. Auf dem Gebiete des Personalkredits sind die der Landwirtschaft in Aussicht gestellten Rentenmarkbeträge mit tunlichster Beschleunigung den Landwirten zuzuführen, namentlich auch hinsichtlich des Zinsfußes, nicht ungünstiger zu stellen als Industrie und Handel. Wege zur Gesundung.

Weiter heißt es dann in der Niederschrift:

Nach den Mitteilungen der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse wird der verfügbare Rentenmarkkredit der Landwirtschaft dem nächst voll zugeleitet sein. Diese Mittel reichen aber bei weitem nicht aus, um das Personalbedürfnis der Landwirtschaft zu decken. Mit inländischen Mitteln wird dies bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage überhaupt kaum möglich sein.

Hinsichtlich des Realkredits ist eine Nachprüfung der Belastungsgrundsätze der Kreditanstalten geboten, um diese in die Lage zu versetzen, endlich erheblich größere Beträge als bisher der Landwirtschaft zuzuführen. Um diese Kreditquelle wirksamer zu gestalten, ist es notwendig, den Markt für Pfandbriefe zu erweitern.

Bei der inländischen Kapitalknappheit muß die Unterbringung von Pfandbriefen im Ausland durch Anpassung an dessen Anforderung erleichtert werden. Vorbedingung für die Behebung des Realkredits überhaupt ist, daß alle seine Aufnahme erschwerenden Maßnahmen, wie z. B. die Voreintragung von Reparationshypotheken und eine etwaige weitere Aufwertung von Hypotheken nach Möglichkeit ferngehalten werden.

Es müssen ferner Wege gefunden werden, um auch das Kreditbedürfnis der Pächter hinreichend zu befriedigen, z. B.

durch Ermöglichung der Verteilung eines Teils ihres Inventars.

Reichs-, Landes- und Kommunalsteuer sind auf eine einheitliche, den veränderten Ertragsverhältnissen angepasste Wertermittlung zurückzuführen. Die Veranlagung der gleichen Objekte von mehreren Stellen zum Zwecke der Besteuerung ist unter allen Umständen zu vermeiden. Die jetzt unzuverlässig gelegenen Steuertermine sind mehr den Verhältnissen des landwirtschaftlichen Betriebes anzupassen. Die Steuererhebung ist einfach und wirtschaftlich zu gestalten. Eine weitere wesentliche Erleichterung muß durch eine den Belangen der Landwirtschaft entsprechende Gütertarifpolitik und eine angemessene Gestaltung der zukünftigen Zollpolitik erreicht werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. Cremer von der Deutschen Volkspartei eine Erklärung ab. Es handelt sich dabei um die dreifache Pistolenforderung, die die Abgg. Wulle, von Graefe und Henning an ihn gerichtet haben, weil er sie in einem Jurus als „Hochverräter“ bezeichnet hat. Die Forderung hat Dr. Cremer abgelehnt, da er darin einen Eingriff in seine verfassungsmäßige Immunität erblickt.

Im Anschluß daran gibt Abg. v. Graefe (dt. völk.) folgende Erklärung ab: Ich lehne es ab, mich mit Herrn Cremer, der meines Wissens als Hauptmann auch die Offiziersuniform getragen hat, über Ehrenhändel und über seine besondere Auffassung und von solchen auseinanderzusetzen. Dazu wird sich vielleicht eine andere Gelegenheit finden. Abschluß wird

die große politische Aussprache

fortgesetzt, und zwar spricht zunächst für die Sozialdemokraten der Abg. Breitscheid. Dieser sagt unter anderem: Der Kanzler hat erklärt, daß er es auf keinen Fall zu einer eingehenden Beratung der Abänderungsanträge kommen lassen werde, da dadurch unsere Währung gefährdet werde. Vermutlich erscheint der Regierung aber die Gelegenheit zur Auflösung unter dem Eindruck der letzten Wahlergebnisse in Thüringen und Mecklenburg besonders günstig. Der Redner erklärt, die sozialdemokratischen Anträge seien ernst gemeint und kein Schaugericht. Er tritt für den Achtstundentag ein und verlangt Maßnahmen gegen die soziale Reaktion.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führt aus, daß die sozialdemokratischen Anträge zur Abänderung der Steuer- und Verordnungen überflüssig seien. Es sei ein Irrtum, zu behaupten, daß die Verordnungen sich allein gegen das Proletariat richten. Verschiedene Verordnungen dienen durchaus dem Schutze der Arbeiter, ebenso die Tarifverträge.

Reichsinnenminister Dr. Jarres

welkt nach, daß der Kanzler seine Zusage bezüglich der Ersetzung des militärischen durch den zivilen Ausnahmezustand eingelöst habe. Es würde dem Volke gegenüber unverantwortlich sein, den Ausnahmezustand reflexlos aufzuheben; wesentliche Erleichterungen und Milderungen werden eintreten. Der Ausnahmezustand soll nur alle diejenigen Bestrebungen bekämpfen, welche auf geschwindigem Wege eine Änderung der Verfassung herbeiführen wollen. Leider genüge das Strafgesetzbuch nicht, ebensowenig das Gesetz zum Schutze der Republik, um solchen Bestrebungen, namentlich von linksradikaler Seite entgegenzutreten. Der Minister verliest Stellen aus kommunistischen Flugblättern, worin das Proletariat zu revolutionären Umwälzungen im März und April aufgerufen wird. Wir haben auf Bayern den Ausnahmezustand nicht ausgedehnt, weil Bayern einen erweiterten Ausnahmezustand hat, der weit über den vom Reiche bestandenem hinausgeht. Einem anderen Lande in derselben Lage hätten wir dieses bürgerliche Vorrecht auch gewährt. (Heiterkeit.)

Abg. Kaas (Zentr.): Der Arbeiterschaft soll der Achtstundentag nicht genommen werden. Aber sie müsse auch mitarbeiten zur Hebung der Produktion. Die große Masse müsse lernen, die Not der Landwirtschaft zu verstehen. Die Landwirtschaft könne eine gerechte Steueranforderung verlangen. Eine politische Neutralisierung neben der „regionalen Entmilitarisierung“ des Rheinlandes sei unbillig. (Lebhafter Beifall.) Ein Pufferstaat im Westen könne jedenfalls den Frieden Europas auf die Dauer nicht gewährleisten. — Dann wird die Beratung abgebrochen.

Persönlich bestreitet der Abg. Hergt (Deutschn.) dem Vordrucker gegenüber unter Verlesung des entsprechenden Protokolls, daß die Deutschnationalen den Versailler Vertrag als Grundlage des Friedens anerkannt hätten.

Das Haus verliert sich auf Donnerstag.

Deutsches Reich.

Reichstagswahlen und vaterländische Verbände. Vor den Vertretern der vaterländischen Verbände aus den drei Berliner Wahlkreisen stellte der geschäftsführende Vorsitzende der B. v. B. D., Abg. Geisler, fest, daß der von der letzten Vertretertagung der B. v. B. D. beschlossene Versuch eines einheitlichen Rechtsblocks für die kommenden Reichstagswahlen als gescheitert zu betrachten sei, nachdem sowohl die Deutschvölkische Freiheitspartei als auch die Deutsch-sozialistische Partei für den Wahlkampf jedes Zusammengehen mit anderen vaterländisch gerichteten Parteien abgelehnt hätten. Dagegen habe sich die Deutschnationalen Volkspartei bereit erklärt, nicht nur alle Maßnahmen zur Schaffung eines nationalen Rechtsblocks wirksam zu unterstützen, sondern auch darüber hinaus den Wünschen der vaterländischen Verbände in personeller Hinsicht bei der Aufstellung der Kandidatenlisten in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen.

Zunächst noch keine Abrüstung. Im englischen Unterhause wurde an Macdonald die Frage gerichtet, ob er sofortige Schritte zur Einberufung einer internationalen Konferenz für die Beschränkung der Rüstungen unternehmen wolle. Macdonald erwiderte, diese Frage sei bereits im Völkerbunde erörtert worden. Er halte den gegenwärtigen Augenblick nicht für eine unabhängige Handlung geeignet, man müsse die weitere Entwicklung abwarten. — Auf eine weitere Frage, ob die Regierung auf eine Verständigung mit den kontinentalen Mächten über eine Begrenzung der Luftrüstungen hinarbeite, antwortete Macdonald, die Regierung verfolge eine Politik, die vielleicht zu einer allgemeinen Begrenzung der Rüstungen führen werde. Man müsse jedoch vorerst ein sorgfältiges Studium der Verhältnisse vornehmen, um derartige Vor-

schläge annehmbar zu gestalten. — Auf eine Anfrage über die jüngsten englischen Vorschläge hinsichtlich der Abrüstung Deutschlands erklärte Macdonald, daß diese Fragen im gegenwärtigen Augenblick der Besprechung durch die Vorkonferenz unterliegen. Es sei nicht angebracht, gegenwärtig dazu irgendwelche Erklärungen abzugeben, die unter Umständen eine Regelung präjudizieren könnten.

Steuertermine!

Was im März fällig ist.

Am 5., 15. und 25. März hat die Ablieferung der in der jedesmal vorangegangenen Dekade einbehaltenen Lohnsteuerbeträge zu erfolgen. Am 5. März ist gleichzeitig die eidesstattliche Versicherung abzugeben, daß die im Laufe des Monats Februar für diesen Monat abgelieferten Beträge tatsächlich die im Februar von dem Einkommen der Arbeitnehmer einbehaltenen Beträge sind.

Am 7. März endet die zuschlagsfreie Frist für die Zahlung der am 1. März fälligen einfachen Obligationsteuer (17 v. H. des vollen Goldmarkbetrages) sowie für die Zahlung der am 29. Februar fälligen ersten Vermögenssteuer (Freigrenze 5000 Goldmark).

Bis zum 10. März sind an das zuständige Finanzamt für Umsatzsteuer die Erklärungen über die Umsätze bzw. Einnahmen, nach denen die Umsatz- und die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuervorauszahlungen für Februar 1924 sich berechnen, von denjenigen Steuerpflichtigen abzugeben, die zu monatlichen Vorauszahlungen verpflichtet sind.

Am 17. März endet die zuschlagsfreie Frist für die Zahlung der am 10. März fälligen Umsatzsteuer für Februar (2,5 v. H. des Umsatzes abzüglich der steuerfreien Beträge), der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer für Februar (be- und bearbeitende Betriebe 2 v. H. der Betriebseinnahmen abzüglich Gehälter und Löhne, Großhandel 1 v. T. bis 1 v. H. der Betriebseinnahmen ohne Abzug der Gehälter und Löhne, Einzelhandel 1,2 v. H., Gemischtwarenhandel 0,95 v. H., reiner Lebensmittelhandel 0,7 v. H.).

Am 1. April ist fällig die Hälfte der Zinsen auf die Rentenbankumlage für gewerbliche Betriebe bzw. der Rentenbankgrundschuld für land- und forstwirtschaftliche oder gärtnerische Grundstücke. Im Laufe des Monats März ist schließlich die Vermögenssteuererklärung abzugeben.

Stadt. Kreis. Provinz.

Völkische Not — völkische Tat. Ueber dieses heute so wichtige Thema sprach gestern Abend im dichtbesetzten Saal des Schweizergartens in öffentlicher Versammlung der deutschnationalen Landtagsabgeordnete, Oberstudiendirektor Velje. — Ausgehend von allgemeinen politischen Fragen verbreitete sich der Abgeordnete auf die völkische Not in der Außenpolitik. Er wies an Hand von Beispielen den unglückseligen internationalen Einfluß nach, dem ganze Parteien in Deutschland zum Opfer gefallen sind, nicht nur die Sozialdemokratie und Kommunisten, verbreitete sich auf innerpolitische Fragen, zeigte hier den volksfremden Einfluß jüdischer Presse und jüdischer Volksvertreter. Besonders wertvoll wurde der Vortrag durch die tiefen Gedanken, die entwickelt wurden in Bezug auf den Charakter der Deutschen, aus dem weitere Rückschlüsse auf das oft leider unpolitische Denkvermögen gezogen würden, also auch hier völkische Not. Der Raummangel verbietet leider, auch nur Einzelheiten dieser Gedanken zu bringen, die getragen waren von dem tiefen sittlichen Empfinden eines sich seiner politischen Verantwortung durchaus bewußten Mannes, gepaart mit der Reife, die nur durch lange Erfahrung und gründliche Bildung erworben werden kann. Der Vortrag hat, wie zu erwarten war, einen tiefen und sicherlich auch nachhaltigen Eindruck hinterlassen und bedeutet ein Ereignis in diesem beginnenden Wahlkampf. An der Aussprache nach der Rede beteiligte sich nur ein Vertreter der Volkspartei, dessen Ausführungen große Irrtümer enthielten, und starken Widerspruch aus der Versammlung erfuhren. Zum Schluß erwähnte der Abgeordnete, nicht sich in der völkischen Frage zu zerplittern und warnte vor dem alten Uebel der Deutschen, das so gerne durch Uneinigkeit im letzten Augenblick das gute gerührt. Mit einem Hoch auf Deutschland wurde die Versammlung geschlossen.

Die Miete. Anlässlich der Wiedereinführung der Umlagebarkeit gewisser Lasten durch die Bekanntmachung über die Märzmiere ist die Frage aufgetreten, ob auch der Hausbesitzer einen Anteil an der Umlage zu tragen habe. Diese Frage ist dadurch zu beantworten, daß, genau wie früher, der Hausbesitzer seinen Teil an der Umlage zu tragen hat, sofern er Räume im Hause inne hat. Er hat sich dann nach Verhältnis seiner Grundmiete zur Grundmiete der Mieter an der Umlage zu beteiligen.

Wegen Raummangels konnten wir heute die Romansortsetzung nicht bringen.

Festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt wurde hier der von der Staatsanwaltschaft Schwerin (Mecklenburg) wegen Diebstahls fleckbriesslich verfolgte Schweizer Walthar Paque aus Graudenz.

Zwei Ladendiebinnen, die eine aus Stolp, die andere von außerhalb konnten hier abermals festgenommen und ihnen ihre Beute, bestehend in einem Rest Spitzen, Haarspangen und einer Haarbürste, wieder abgenommen werden.

Von der Volkshochschule. Der Vortrag des Organisten Korb über „Joh. Seb. Bach und seine Musik“ findet nicht am Freitag, den 7. d. Mts., sondern erst am Mittwoch, den 12. März, abends 8 Uhr, statt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Lehrantritt. Der für die Ostern zur Entlassung kommenden Schüler übliche Antrittstag der Lehre ist bekanntlich der 1. April. In diesem Jahre ist es wiederholt vorgekommen, daß Lehrherren die Einstellung des die freie Lehrstelle begehrenden Knaben von einem früheren Beginn — 1. März — abhängig machten. Da die Schulen die Jungen aber nicht zum 1. 3. entlassen dürfen, laufen letztere Gefahr, ihre ihnen in Aussicht stehende Lehrstelle an ältere Bewerber der Stadt auch sogar des Landes zu verlieren, die ohne Zutun des Berufsamtes die Stelle ergattern, obgleich ihnen manchmal die Geeignetheit für die Stelle fehlt. Weil auf solche Weise dem Lehrherren nicht gedient wird und dem eifrigen ersten Bewerber Nachteil erwächst, so werden die Meister und Fabrikherren gebeten, den Antrittstag der Lehre auf den 1. April hinauszuschieben zu wollen.

Der teuerste Tag im verfloffenen Jahre. Nach den Ermittlungen des Reichsstatistischen Amtes war der teuerste Tag im

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 5. März 1924.

Am tlicher Bericht.

Austrich: Rinder 1512 Stück, darunter 533 Bullen, 207 Ochsen, 672 Kühe und Färsen; Rälber 2080 Stück; Schafe 1258 Stück, Schweine 7905 Stück; Ziegen 15 Stück; — Ferkel: 1434 Schweine aus dem Memelgebiet.

		Preise in Goldpf. für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:		
A. Ochsen:		
a) vollfleischig, ausgew., höchst. Schlachtw. ungen., 12. Weibem.	st. Stallmaß	42-44
b) do. do. im Alter von 4-7 Jahren		35-38
c) junge, fleischig nicht ausgew., und ältere ausgewästete		32-34
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere		25-30
B. Rullen:		
a) vollfleischig, ausgew., höchst. Schlachtw.		37-40
b) vollfleischig jüngere		33-35
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere		29-32
C. Färsen und Kühe		
a) vollfleischig, ausgew., Färsen höchst. Schlachtw.		36-42
b) vollfleischig ausgewästete Kühe höchst. Schlachtw. bis zu 7 Jahren		36-42
c) ältere ausgewästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen		30-33
d) mäßig genährte Kühe u. Färsen		25-28
e) gering genährte Kühe u. Färsen		20-24
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)		27-32
II. Rälber.		
a) Doppellender feinsten Mast		80-90
b) feinste Mastlälber		60-75
c) mittlere Mast- u. beste Sauglälber		40-55
d) geringe Mast- u. gute Sauglälber		25-35
e) geringe Sauglälber		25-35
III. Schafe.		
A. Stallmastschafe:		
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel		47-53
b) ältere Mastlämmer, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe		38-45
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)		25-35
B. Weidenmastschafe:		
a) Mastlämmer		—
b) geringere Lämmer und Schafe		—
IV. Schweine.		
a) Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht		—
b) vollfleischige Schweine, 240-300 Pfd. Lebendgewicht		66-67
c) vollfleischige Schweine 200-240 Pfd. Lebendgewicht		64-66
d) vollfleischige Schweine 160-200 Pfd. Lebendgewicht		60-63
e) vollfleischige Schweine 120-160 Pfd. Lebendgewicht		55-58
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht		50-53
g) Sauen		57-61
Ziegen		20-25

Marktverlauf: Bei Rindern, Schafen und Schweinen rubig.

Jahre 1923 der 26. November. In dem Bericht des Statistischen Reichsamtes heißt es: Der Gipfelpunkt der Teuerung fiel in den meisten deutschen Städten auf die letzten Tage des November; die Teuerungserhebung am 26. November brachte die höchsten Teuerungszahlen.

Keine Kurzarbeiterunterstützung für höhere Angestellte. Amtlich wird gemeldet: „Der Reichsarbeitsminister hat entschieden, daß an Arbeitnehmer, die mit Diensten höherer Art beschäftigt werden, Kurzarbeiterunterstützung nicht gezahlt werden darf. Die Gewährung der letzteren ist von einer festen Normalarbeitsdauer und von der Bindung an feste Arbeitsstunden abhängig, kommt also nur für das vorwiegend mit mechanischen Arbeiten beschäftigte untere oder mittlere Personal in Betracht. Dagegen fehlen diese Voraussetzungen bei den höheren Bediensteten, d. h. bei Arbeitnehmern ohne genaue Dienststunden und mit selbständiger Arbeitsweise, denen die maßgebliche sachliche Erlebigung des Aufgabenspektrums des Unternehmens obliegt. Bei ihnen wäre überhaupt kaum feststellbar, in welchem Umfang und aus welchen Gründen eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten ist. Damit ist zugleich die vor einiger Zeit in der Presse erörterte Streitfrage, ob Gewerkschaftssekretäre Kurzarbeiterunterstützung beziehen können, in verneinendem Sinne entschieden. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich auf den gleichen Standpunkt gestellt.“

Röslin. Ein Heim für die Handwerkerbetriebe. Der hiesige Handwerkerverein hat sich nach dem Kriege am Offizierstrande zwischen Groß-Möllen und West ein umfangreiches unbebautes Grundstück gesichert, auf dem nunmehr ein Handwerkerheim errichtet worden ist. Der Verein hat beschlossen, die Fremdenzimmer des Heims (ohne Verpflegung) auf Kosten des Vereins den alten Handwerksmeistern, den Handwerkerbetriebern, bis zum 15. Juni kostenlos zur Verfügung zu stellen. Geplant ist, den in Frage kommenden alten bedürftigen Meistern einen Aufenthalt bis zu 4 Wochen zu gewähren. Das Handwerkerheim ist nun soweit fertiggestellt, daß es der Wirt am 1. April übernehmen kann. Es wird noch ein Nebengebäude als Wirtschaftsgebäude sofort errichtet.

Stralsund. Ein 16jähriger Einbrecher. Eine Einbruchgeschichte hat sich Mittwoch nachmittag in der Mühlentstraße abgespielt. Ein 16jähriger Dieb hatte sich im Hause Mühlentstraße 30 in eine Wohnung Eingang verschafft, deren Inhaber fortgegangen war. Als dieser zurückkam und den Einbrecher bemerkte, flüchtete sich der Jüngling in die Waschküche und empfing die Hausbewohner mit vier Schüssen aus einer Pistole, die er neben zwei Trauringen und einer Uhr dort gestohlen hatte. Da die Schüsse fehlten, ergriff er das Fensterpanier. Unterwegs gab er auf einen Matrosen zwei Schüsse ab, der ihn festzuhalten versuchte. Den letzten Schuß feuerte er auf den Anlagenvorwärter D. Schließlich gelang es dem Matrosen, des Jungen bei der Kartoffelfabrik habhaft zu wer-

den. Er wurde in Haft genommen und gibt an, Deutschusse zu sein. Die Schüsse haben keinen Schaden angerichtet.

Albrecht-Konzert.

Das gestrige Albrecht-Konzert bot abweichend von den bisherigen Veranstaltungen neben musikalischen auch sprachliche Vorträge; den musikalischen Teil bestritt das Ehepaar Schubert und den sprachlichen Dr. Michaelis. Prof. Schubert eröffnete den Abend mit dem Vortrag der chromatischen Fantasie und Fuge von Bach, die er sehr gewandt und recht eindrucksvoll zu Gehör brachte. Auch sein zweites Klavierstück, Venezia e Napoli von Liszt, war eine Glanzleistung, gebiegen in der Ausführung und klangvoll im Spiel, so daß man seine helle Freude daran hatte. Die Lieberbegleitungen am Klavier führte er ebenfalls sehr geschickt aus. Frau Schubert sang mehrere Lieder von Schubert und Wolf mit gutem Ausdruck und angenehmer Tongebung; leider aber reichten ihre Stimmittel für den großen Konzertsaal nicht ganz aus, darum klangen ihre Gesänge trotz des schönen und angenehmen Vortrags etwas matt. Am besten noch sprachen die Wolfischen Lieder an, die ihr auch textlich gut lagen und recht innig zur Wiedererlangung gelangten. Dr. Michaelis trug Sachen von Luther, Grimm und Storm sehr ansprechend vor und erfreute durch seine angenehme und fesselnde Vortragsgestalt. Reicher, wohlverdienter Beifall wurde allen dreien zu teil, der sie auch zu den üblichen Zugaben veranlaßte.

Letzte Meldungen.

Keine Kandidatur Lubendorffs.

Berlin, 5. März. Die Meldung, General Lubendorff und Adolf Hitler seien als Spitzenkandidaten der Deutschvölkischen Freiheitspartei aufgestellt worden, wird von dem Bureau dieser Partei als falsch bezeichnet. Es hätten noch konkreter Verhandlungen über die Spitzenkandidaturen stattgefunden; die Reichsliste der Völkischen werde erst nach Beendigung des Hitler-Prozesses aufgestellt werden.

Ein kommunistisches Waffenlager bei München.

München, 5. März. Wie die „M. N.“ melden, wurden bei einer am Sonntag durch die Polizeidirektion in einem einsam gelegenen Hause in Lochhausen bei München vorgenommenen Durchsuchung ein halber Zentner Sprengstoff, 154 Handgranaten, 4 Militärpistolen, 3 große Mäuserpistolen, ein Infanteriegewehr mit 300 Schuß Munition und eine Leuchtpistole mit Leuchtpatronen beschlagnahmt. Es handelt sich dabei um ein von Kommunisten angelegtes Waffenlager.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Biehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Die Maul- und Klauenseuche im Gebiät des Viehhändlers Theobald Oberzimmer, Bachstr. 2, ist erloschen. Die getroffenen Maßnahmen werden aufgehoben. Stolp, den 4. März 1924.

Die Polizeiverwaltung.

Der Oberbürgermeister.

Betr. Pfalzfundgebung.

Die Sammlungen am Pfalztag haben insgesamt **4629,39 Mark**

ergeben. Allen Spendern und Mithelfern sei hierdurch herzlich gedankt.

Stolp, den 5. März 1924.

Der Arbeitsausschuß.

Im Auftrage.

Dr. Lütje.

Öffentliche Lehrschmiede in Stolp.

In der unter Verwaltung des Magistrats stehenden öffentlichen Lehrschmiede beginnt am 1. April 1924 ein neuer Lehrkursus. In demselben erhalten Schmiedegesellen, welche mindestens 19 Jahre alt sind, gründliche Ausbildung im Fußbeschlag und in der gesamten Fußpflege. Der Kursus dauert 3 Monate und findet nach Beendigung desselben vor der staatlich eingesetzten Lehrschmiede-Prüfungskommission eine Prüfung statt zur Erlangung des nach dem Gesetze vom 18. Juni 1884 für die Ausübung des Fußbeschlaggewerbes erforderlichen Prüfungszeugnisses.

Anmeldungen zu dem neuen Kursus sind schleunigst bei dem Magistrat in Stolp oder dem Fußbeschlaglehrmeister Rüttner in Stolp, Reitbahn 8, anzubringen, wofür auch die weiteren Bedingungen zu erfahren sind. Stolp, den 3. März 1924.

Der Magistrat.

SONDERZUG

am Sonnabend, den **8. März**

ab Stettin Nm. 1,40 Uhr

an Breslau Hbf. 9,16 Uhr

zur **Breslauer Messe**

25% Fahrpreisermäßigung.

Fahrkarten ab Stettin **Mk. 12,20**

bei Generalanzeiger Stettin

Katholische Kirche und Parteipolitik.

Berlin, 5. März. Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht unter vorstehender Ueberschrift die Zuschrift eines rechtsstehenden Katholiken. Es heißt darin: „Wir politisch rechtsstehenden Katholiken sagen es laut und deutlich: Wir wenden uns dagegen, daß die katholische Kirche in Deutschland mit dem Mafel der politischen Herrschaft einer Partei besetzt wird. Wir haben nicht Lust, um der national aufreizenden Politik des Zentrums willen und wegen ihrer unwahrhaftigen Verknüpfung mit der katholischen Kirche, die schon zu lange in Deutschland geduldet wird, unser Land in einen neuen Kulturkampf schließlich hineintreiben zu lassen. Wir bitten deswegen auch alle Verantwortlichen, die leichtfertigen katholischen Männer zur Ordnung zu rufen, die durch sogenannte „katholische Politik“ seit sechs Jahren Brennstoff zum Kampf herbeischleppen.“

München, 5. März. Das Zentralkomitee der Münchener Katholiken veröffentlicht eine Protestkundgebung gegen die Ausführungen des Generals Lubendorff im Hitler-Prozess. Es wird darin gesagt, daß „die Schmähungen und Verdächtigungen über den verstorbenen Papst“ mit aller Schärfe zurückgewiesen werden, und es wird auf das Tiefste bedauert, daß Lubendorff die Gefühle der deutschen Katholiken in so kränkender Weise verletzt habe.

Der Kampf gegen die Arbeitsverlängerung.

Lübeck, 5. März. Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedspruch über die Regelung der Arbeit auf dem Hochseewerft, wonach zwei Schichten, d. h. 12-Stundentag eingeführt werden soll, ist von der Belegschaft, die gestern darüber abstimmte, abgelehnt worden.

Mannheim, 5. März. Die Zahl der Arbeiter in der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, die gegen die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit passiven Widerstand entgegensetzte, hat im Laufe des Tages erheblich zugenommen und beträgt rund 20 000 Mann. Heute vormittag findet eine von radikaler Seite einberufene Versammlung der Arbeiter statt, die über die Möglichkeit eines Streiks beraten soll.

Neue Kämpfe in Marokko.

London, 5. März. Alle aus Spanien einlaufenden Nachrichten lassen darauf schließen, daß die Angriffe der Morokkaner gegen die vorgeschobenen spanischen Stellungen immer mehr sich zu einer groß angelegten Offensive entwickeln. Der Madrider Korrespondent der „Daily Mail“ meldet, daß die Rissmänner unter der Führung des schon totgesagten Abdel Krim gegen die spanischen Truppen einen neuen heftigen Angriff unternommen haben. Aus Gibraltar wird gemeldet, daß die Eingeborenen eine Offensive gegen Larache an der Küste des Atlantischen Ozeans eröffnet haben. Sämtliche spanischen Schiffe, die den Verkehr zwischen Algieras und Marokko vermitteln, sind zur Beförderung von Truppen requiriert worden.

Handelsnachrichten.

Der Dollar **4 200 000 000 000**

(unverändert)

Goldmark = 1 Billion.

Getreidenotierung an der Stettiner Produktenbörse am 5. März. Roggen, incl. 129, Weizen, incl. 163, Hafer, incl. 116, Gerste und Braugerste 172—184, rubig. Alles für 1000 Kg. ab nahegelegenen Stationen.

Berliner Butternotierung.

Ämtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 5. März 1924. 1. Qualität 1,80 Goldmark.

Tendenzen: fest.

Kleinhandelspreise der pommerischen Molkereien

für Vollmilch 18—21 Goldpennige je Liter, für Butter eigener Erzeugung: 1,98—2,10 Goldmark je Pfund, für zugekaufte Butter: Einstandspreis zuzüglich Kleinhandelszuschlag.

Ämtlicher Bericht vom Magereviehhof in Friedrichsfelde vom 5. März.

Auftrieb 262 Schweine, 393 Ferkel. Verkauf des Marktes etwas lebhaft bei anziehenden Preisen. Es wurden gezahlt für Läufer Schweine 7—8 Monate alt 65—80 Mark, 5 bis 6 Monate alt 45—60 Mark, für Fötte 3—4 Monate alt 30—40 Mark, Ferkel 9—13 Wochen alt 25—30 Mark, 6—8 Wochen alt 20—25 Mark.

Zahnpasta selbst zu bereiten!

Wenn Sie die nasse Zahnbürste in **Dr. Bahr's „Zahnpulver No. 23“** eintauchen, bereiten Sie sich selbst frische aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und im Gebrauch ausserordentlich sparsam ist. — In allen Apothek., u. Droger. zu haben.

Das Urteil lautet:

„Zum Klausner“!

Stolps gemütlichstes Wein- und Bierlokal!

Alles gut!

Gebra

Tabak

hergestellt aus rein überseeischem Tabak, befriedigt den verwöhntesten Pfeifenraucher.

100 gr 70 Pfg. — 50 gr 35 Pfg.

Gebr. Aron

Tabak-Fabrik.

Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volkstüche

durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volkstüche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegengenommen werden.

Die städt. Volkstüche
Reitbahn, Fernruf 1009.

Versteigerung.

Am Sonnabend, den 8. März 1924, Vormittags 11 Uhr werde ich in der Pfandkammer Stolp, Sandberg 1, zwangsweise:

1 Schreibtisch, 1 Stuhl,
1 Rauchtisch, 1 Sofa, 2
Sessel, 1 Klavier, 1 Sofa
mit Umbau,
freiwillig:

1 Schrank

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Scheunemann,
Gerichtsvollzieher.
Stolp, Umlandstraße 12.

Zum Klausner

(im Kaufmanns-Wallhaus)

Liefert wie bekannt

ein gutes Mittagessen für 1 Mark.

Ämtliche Anzeige

St. Marien.

Donnerstag, den 6. März
abds. 8¼ Uhr Bibelstunde
im Evang. Saal (Arnoldstr.)
Pastor Voitte

Hausmädchen, das Plätten kann, stellt ein städtisches Krankenhaus.



Der grosse Erfolg

der ersten 4 Tage meiner „Weißen Woche“ ist nur allein darauf zurückzuführen, daß große Mengen wirklich gute Qualitäten zu außergewöhnlich billigen Preisen verkauft wurden. In allen Abteilungen sind große Posten Ware nachsortiert, sodaß auch heute noch die Auswahl unvermindert ist.

Die Innendekorationen und Auslagen enormer Mengen weißer Waren sind eine Sehenswürdigkeit.

— Besichtigung ohne Kaufzwang. —

Gustav Zeeck, Stolp.

Im Klausnersaal

[Kaufmanns-Wallhaus]

Täglich ab 7 Uhr abends — erstmalig Sonntag gastierend — bis auf weiteres

Die fidelen Biedermeyer

Großer humoristischer Betrieb

Männer-Gesang-Quartett à Capella

Bedienung der Gäste im Stile der alten Biedermeyerzeit!